

Beteiligung strukturell verankern

Auf dem Weg zu mehr Selbstorganisation in der Kinder- und Jugendhilfe

Partizipation wird als zentrales Paradigma der Kinder- und Jugendhilfe mit Umsetzungsschwierigkeiten beschrieben (Pluto u.a. 2007). Spätestens durch die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1989, die sehr grundsätzlich und umfassend die Versorgung, den Schutz und die Partizipation von Kindern in aller Welt regelt, kam die Debatte und die Forderung nach Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe wieder in Schwung (vgl. Stork 2003). Die Forderung nach Partizipation schreibt sich dann im 8. Jugendbericht (vgl. BMF/JFFG 1990) als Strukturmaxime lebensweltorientierten Handelns weiter. Kinder und Jugendliche vertreten ihre Interessen; in Kindertagesstätten, in Schüler_innenparlamenten, aber auch in der Kinder- und Jugendhilfe sind diese Formen der Beteiligung angekommen.

So gibt es beispielsweise in Hessen und seit 2013 auch in Bayern einen sogenannten Landesheimrat, in dem sich die jeweiligen Heimsprecher_innen der Einrichtungen des Landes treffen und sich für ihre Belange und Interessen einsetzen. Auch die aktuellen Bemühungen zum bundesweiten Ausbau von Ombudsstellen und der Weiterentwicklung von Beschwerdeverfahren (vgl. Urban-Stahl 2014) stehen im Zusammenhang mit der Erweiterung von Beteiligungsformen der jungen Menschen (vgl. Nina Jann in diesem Schwerpunkt).

Dabei sind Formen der Beteiligung in der Heimerziehung nicht neu. Kindermitbestimmung stellt ein zentrales Ele-

ment in der Pädagogik z.B. von Janusz Korczak dar, und auch bei verschiedenen Reformpädagogen wie Bernfeld oder Makarenko wurden sogenannte Kinder-Republiken gegründet, in denen die Adressat_innen mitbestimmen sollten und Formen der Demokratie erlernen konnten (vgl. Stork 2003). Warum Beteiligung in der Kinder- und Jugendhilfe notwendig ist, wird unterschiedlich argumentiert und begründet. Nach Knauer und Sturzenhecker (2005) lassen sich drei Begründungsmuster für jugendliche Partizipation unterscheiden:

- Eine politische Argumentation, die die politische Mitbestimmung als Erlernen demokratischer Teilhabe sieht und als Ziel politisch verantwortliche und agierende Bürger_innen hat. Somit wird Beteiligung als positive Ressource für Entscheidungsfindungsprozesse diskutiert.
- Der dienstleistungstheoretische Argumentationsstrang macht die Adressat_innen zu Klient_innen der Hilfen, in deren Interesse soziale Dienstleister_innen arbeiten. Dabei ist zentral, dass die Klient_innen als Produzent_innen ihrer selbst zu verstehen sind und somit nicht zu Objekten, sondern zu Subjekten der Hilfe werden (Schaarschuch 1998). Die Dienstleister_innen werden dabei zu Assistent_innen in diesem „Selbsthilfe-Prozess“.
- Die pädagogische Begründung stellt Beteiligung in den Zusammenhang von Lernen, Erziehung und Bildung. Hierbei wird auf das grundlegende Dilemma aufmerksam gemacht, welches mit Beteiligungsbemühungen verbunden ist: Während einerseits davon ausgegangen wird, dass die Adressat_innen die Fähigkeit zur Beteiligung erst noch lernen müssen, ist andererseits deutlich, dass diese Fähigkeit – und damit verbunden die Hervorbringung eines selbstbestimmten Subjekts – nicht unter den Bedin-



Katharina Mangold *1979

Studium der Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Tübingen, seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim
katharina.mangold@uni-hildesheim.de



Tanja Rusack *1984

Diplompädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim, Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe
tanja.rusack@uni-hildesheim.de



Severine Thomas *1972

Diplom-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, Diplom Sozialmanagement, seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim. Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfe, Care Leaver, Partizipation in sozialen Organisationen
severine.thomas@uni-hildesheim.de

gungen von Fremdbestimmung erreicht werden kann (vgl. Lüders 2004).

Trotz aller Bemühungen und trotz der verschiedenen Ansätze kann also nach wie vor nicht davon ausgegangen werden, dass sich Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Hilfen zur Erziehung flächendeckend finden lässt; im Gegenteil, insbesondere in der Heimerziehung besteht nach Stork (2003) weiterhin ein großer Handlungsbedarf. Obwohl über § 36 und § 80 SGB VIII die Beteiligung am Hilfeplanverfahren und an der Jugendhilfeplanung im Gesamten seit 1990 gesetzlich verankert ist, ist ein bestehendes Machtgefälle zwischen den Fachkräften und den Kindern und Jugendlichen feststellbar. Dies zeigt auch die empirische Studie „Ich bin sicher!“, die aus der Perspektive von Jugendlichen und Fachkräften Schutzkonzepte in Wohngruppen, Internaten und Kliniken untersucht hat. Hier wurde deutlich, dass die Beteiligung von den Kindern und Jugendlichen tendenziell als positiv bewertet wird. Dies bezieht sich aber vor allem auf Themen wie Ausflüge oder Gruppenaktivitäten. In Bezug auf die Erstellung von Regeln oder Schutzkonzepte sehen sie sich subjektiv weniger beteiligt, zwischen der Absicht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der gelebten Beteiligung im Alltag herrscht demnach eine ernüchternde Diskrepanz (vgl. Allroggen et al. 2016).

In der „ladder of citizen participation“ von Roger Hart aus dem Jahr 1992 (in Abbildung 1 in einer abgewandelten Darstellung von Gesundheit Berlin) werden verschiedene Stufen von Partizipation unterschieden, die für eine Begriffsklärung sinnvoll erscheint.

Dabei ist für unseren Schwerpunkt „Beteiligung und Selbstorganisation“ die Unterscheidung zwischen Beteiligung/Partizipation auf den Stufen 6 bis 8 in der Grafik und Selbstorganisation (Stufe 9), die mehr als Beteiligung beinhaltet, von besonderer Bedeutung. Während Partizipation in Mitbestimmung, teilweise Entscheidungskompetenz und Entscheidungsmacht unterteilt ist, wird Selbstorganisation als etwas dargestellt, was weitreichender ist. Beteiligung und Selbst-



Foto: © Katharina Mangold

Gemeinsames Erarbeiten eines Positionspapiers des Careleaver e.V.

organisation hängen eng zusammen; Selbstorganisation ermöglicht jedoch radikaler als Beteiligung, den Stimmen der Adressat_innen Gehör zu verschaffen und so auch auf Missstände der pädagogischen Praxis selbst aufmerksam zu machen. Dies ist einer der Gründe, warum Selbstorganisationsformen unbedingt strukturell in der Kinder- und Jugendhilfe verankert sein sollten (s. den Beitrag von Norbert Struck, S. 27 f.). Die Selbstorganisation ist somit nicht nur etwas, was den dort Aktiven dient, sondern wovon auch professionelle Akteur_innen im Sinn eines Ortes für Reflexionen von pädagogischer Praxis dienen.

Selbstorganisation (in den Hilfen zur Erziehung)

In anderen Feldern, so z.B. der Behindertenhilfe, finden sich bereits in den 1960er Jahren Selbstorganisationen, die insbesondere von betroffenen Eltern initiiert wurden, um Unterstützung für ihre Kinder zu erhalten (z.B. Lebenshilfe e.V.), später aber auch von Betroffenen selbst, die sich für ihre Rechte und Belange einsetzen. Mit diesem Fragen beschäftigt sich der Beitrag von H.-Günter Heiden, der einen

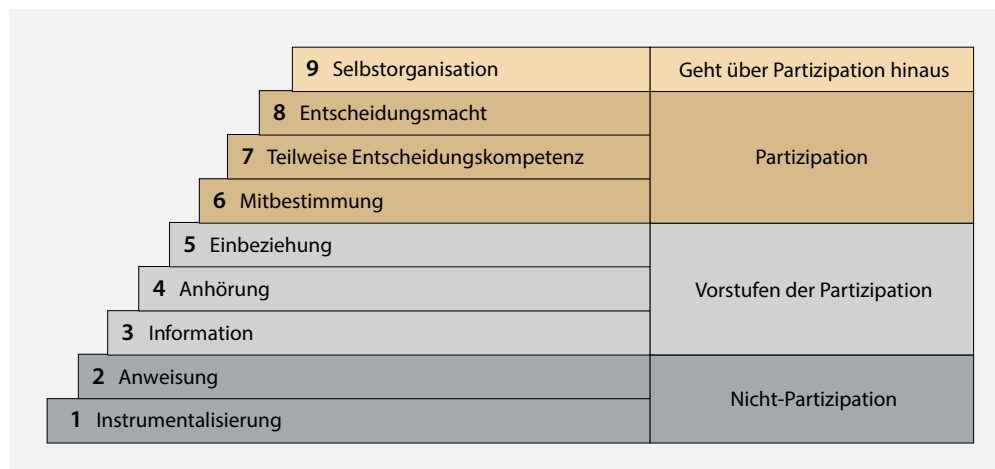


Abbildung 1: Gesundheit Berlin (Hrsg.) (2007). Dokumentation 13. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin

Überblick über die Entwicklung der Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung gibt. Johannes Sorge (Netzwerk MenschZuerst) kommt im Gespräch mit Expert_innen aus Selbstorganisationen (S. 19 f.) selbst zu Wort und macht deutlich, warum für ihn Selbstorganisation ein kostbares Gut ist.

In der Kinder- und Jugendhilfe, und insbesondere in den stationären Hilfen zur Erziehung, gibt es wenig vergleichbare Initiativen. Möglicherweise ist die Lobby der Eltern und der Kinder und Jugendlichen, die zu Adressat_innen der Hilfen werden, zu gering. Mit der Adressierung als unterstützungsbedürftig geht häufig eine Stigmatisierung einher. So machen beispielsweise Pluto u.a. (2007) darauf aufmerksam, dass Fachkräfte der stationären Erziehungshilfen die mangelnde Beteiligung von Eltern häufig als Desinteresse interpretieren, Eltern sich aber möglicherweise zurückhalten, „weil sie häufig nicht hinreichend über das Geschehen und die Abläufe in stationären Einrichtungen informiert sind und deshalb keine positiv besetzten Ansatzpunkte für ihr Engagement sehen“ (Pluto u.a. 2007: 419).

Der Selbstorganisation von Betroffenen gehen in der Regel Benachteiligungen oder der Wunsch nach der Durchsetzung eigener Interessen und Rechte einher. So haben sich (erst) im Jahr 2004 ehemalige Heimkinder, die zwischen 1945 und 1985 in Heimen lebten, zum Verein ehemaliger Heimkinder e.V. zusammengeschlossen. Auch im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge lassen sich einzelne Initiativen finden, hier ist insbesondere auf das 2005 gegründete Netzwerk „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) hinzuweisen. Zentral dabei ist die Selbstorganisation der Jugendlichen auf ganzer Linie. Die Jugendlichen entscheiden selbst, welche Aktionsformen sie wählen und wie sie diese durchführen. Dabei folgt ihre Arbeit dem Grundsatz, „dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine ‚stellvertretende Betroffenen-Politik‘ benötigen“ (www.jogspace.net). Amina Önder stellt im Interview die Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ vor und macht deutlich, warum sie sich für junge Menschen mit Fluchtgeschichten engagiert.

Im Sommer 2014 haben sich ehemalige Adressat_innen der Hilfen zur Erziehung (sogenannte Care Leavers) in einer Selbstorganisationsform zusammengeschlossen und als Verein etabliert. Dabei ist es für die jungen Menschen wichtig, in einer unabhängigen Position von einer Jugendhilfep Praxis zu agieren und ihre eigenen Interessen und Belange hervorbringen zu können (www.careleaver.de). Anna Seidel berichtet von dem jungen Verein, der im vergangenen Jahr den deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis sowie den FICE¹-Award gewonnen hat. Alexandra Doll erörtert in ihrem Beitrag die Bedeutung von Selbstorganisation aus Careleaver-Perspektive und zeigt eindrücklich, wie Selbstorganisation und Selbstermächtigung Hand in Hand gehen.

Doch nicht nur die pädagogische Praxis ist herausgefordert, Beteiligung und Selbstorganisation ihrer Adressat_innen zu ermöglichen und Strukturen bereit zu stellen. Die Frage und Forderung nach mehr Beteiligung ist auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung angekommen. Unter dem Stichwort „Partizipative Forschung“ werden Projekte diskutiert, die Wissensgenerierung gemeinsam mit Forscher_innen aus der Wissenschaft und sogenannten Co-Forscher_innen, wie z. B. (ehemaligen) Adressat_innen o.ä. vorantreiben. Dass dieses ein notwendiger Schritt, aber nicht immer ein einfaches Unterfangen ist, wird abschließend in dem Beitrag „Partizipative Forschung – Beteiligung in pädagogischen Handlungsfeldern“ von Katharina Mangold, Tanja Rusack und Severine Thomas thematisiert.



1. Die *Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE)* ist ein weltweites Netzwerk für Menschen und Organisationen, die im Bereich der alternativen Kinder- und Jugendbetreuung arbeiten. Der Schwerpunkt der Tätigkeit dieses Netzwerkes liegt in der Verbesserung der außerfamiliären Erziehung (Heimerziehung, Jugendhilfemaßnahmen, Jugendwohlfahrt).

Literatur

ALLROGGEN, MARC ET AL. (2016).

How Much Insecurity Does Security Need? – The Discrepancy in Assessing the Sense of Security of Children, Adolescents and Caregivers in Institutions. Child & Youth Services, DOI: 10.1080/0145935X.2016.1210447.

BMJFFFG (BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND, FAMILIE, FRAUEN UND GESUNDHEIT (1990).

Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Achter Jugendbericht. Bonn

GESUNDHEIT BERLIN (HRSG.) (2007).

Dokumentation 13. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin

HART, ROGER (1992). CHILDREN'S PARTICIPATION: FORM TOKENISM TO CITIZENSHIP. In: INNOCENTI ESSAYS, NR. 4, HRSG. VON: UNICEF INTERNATIONAL CHILD DEVELOPMENT CENTRE. FLORENCE, ITALY

KNAUER, RAINGARD UND STURZENHECKER, BENEDIKT (2005).

Partizipation im Jugendalter. In: Hafenecker, B., Jansen, M. M. und Niebling, T. (Hrsg.), Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen (S. 63–94). Verlag Barbara Budrich, Opladen

LÜDERS, CHRISTIAN (2004).

Partizipation - eine (Heraus)forderung und Aufgabe für die Jugendhilfe. In: Freistaat Thüringen - Landesamt für Soziales und Familie (Hrsg.), Dokumentation der Fachtagung Partizipation - Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar 25.06.2003 bis 26.06.2003, o.O. (S. 7–20)

PLUTO, LIANE ET AL. (2007).

Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. Eine empirische Strukturanalyse. München: Deutsches Jugendinstitut

SCHAARSCHUCH, ANDREAS (1998).

Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. Bielefeld

STORK, REMI (2003).

Partizipation – ein trojanisches Pferd zur Durchsetzung von Reformimpulsen in der stationären Jugendhilfe? In: Unsere Jugend, 55. Jahrgang, Heft 10 (S. 431–440)

URBAN-STAHN, ULRICH (2014).

Unabhängige Ombudsstellen – Neuland in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 12. Jahrgang, Heft 1 (S. 11–31)